



# Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der Union Internationale  
des Syndicats des Police

**Landesbezirk Saarland**  
Kaiserstr. 258 \* 66133 Saarbrücken

Fon: (0681) 811498 \* Fax: (0681) 815231  
Mail: [gdp-saarland@gdp-online.de](mailto:gdp-saarland@gdp-online.de)

## Pressemitteilung

Dienstag, 29. Oktober 2002

### Ministerpräsidentenkonferenz gefährdet den sozialen Frieden in der Polizei GdP-Saar: Streik ist kein Tabu mehr

Der Landesvorsitzende der GdP, Hugo Müller, ist empört über die Pläne der Ministerpräsidenten der Bundesländer, den Polizeibeschäftigten das Weihnachts- und Urlaubsgeld zu streichen sowie die Beamtenbesoldung von den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst weiter abzukoppeln.

Hugo Müller verweist hierbei auf die schmerzlichen Sparbeiträge zur Haushaltskonsolidierung, die insbesondere Beamtinnen und Beamten im öffentlichen Dienst bereits abgepresst worden sind. Die finanziellen Grausamkeiten, denen unsere Kolleginnen und Kollegen in den letzten Jahren ausgeliefert waren, so Hugo Müller, haben jetzt eine Schmerzgrenze erreicht, die unerträglich geworden ist: Dienstrechtsreformgesetz, Versorgungsreformgesetz, Versorgungsänderungsgesetz und die Abkopplung von den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst markieren nur beispielhaft das immer wiederkehrende abscheuliche Prinzip: Wenn der Staat in Geldnöten ist, nutzt er zum Sparen die vorgebliche Wehrlosigkeit der Beamtinnen und Beamten hemmungslos aus. Aber der Staat soll aufpassen: Nachdem Otto Schily in den letzten Jahren die Geduld der scheinbar ohnmächtigen Kolleginnen und Kollegen durch Besoldungsdiktat und Nullrundenpolitik überstrapaziert hat, stellt die Idee der Ministerpräsidenten, in der Beamtenbesoldung mit einer sogenannten Öffnungsklausel einen nicht mehr zu verkraftenden Sozialabbau im öffentlichen Dienst zu verantworten, eine Kampfansage dar, vor der sich die GdP zusammen mit den Schwestergewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB nicht wegducken wird.

Hugo Müller: „Es reicht – jetzt ist Schluss. Das Fass läuft schon über.“ Er erinnert an die Beschlüsse des kürzlich in Magdeburg durchgeführten GdP-Bundeskongresses, in der auch das Streikrecht für Beamtinnen und Beamte thematisiert worden ist: „Wenn uns der Staat keinen Ausweg lässt, werden wir uns zu wehren wissen. Dann ist auch für uns nichts mehr tabu!“

Der GdP-Landesvorsitzende wird in den nächsten Tagen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB eine gemeinsame Kampflinie abstimmen. Hierbei wird auch ganz schnell zu klären sein, wie die Haltung der saarländischen Landesregierung in diesem Eskalationsprozess gewesen ist bzw. wie sie sich hinsichtlich der Öffnungsklausel in der Beamtenbesoldung positioniert.